

Linker Protektionismus als demokratischer Klassenkampf?



Dr. Nikolaus Kowall, Forschungs-
institut für gesellschaftliche
Weiterentwicklung, Düsseldorf

Kasseler Kreis
24. September 2016,
Berlin

Agenda

- **Soziale Frage im Rechtspopulismus am Beispiel FPÖ**
- **Neue politische Landkarte in Österreich**
- **Das Primat der Politik im Rechtspopulismus**
- **Globalisierung & Demokratie**



Soziale Frage in der FPÖ

„Sozial statt Sozialismus“



FPÖ-Chef HC Strache, 1. Mai 2009 [in Linz](#)

„Sozial statt Sozialismus“

- Das Motto müsse "*Solidarität statt Klassenkampf*" lauten
- Der Neoliberalismus sei genauso gescheitert wie der Marxismus. Es brauche einen neuen dritten Weg.
- „*Man muss den sozialen Gedanken von seiner Pervertierung, vom Sozialismus (...) befreien*“

EU-Wahlkampagne 2009



Plakatkampagne 2011



FPÖ-Agenda Nationalratswahl 2013

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI  /hcstrache

**Wir helfen zuerst
im EIGENEN LAND**

ROT-SCHWARZ hilft Bank & Spekulant



FPÖ-Agenda 2013

- **1.600 Euro Mindestlohn + Lohnnebenkostensenkung für Unternehmen**
- **Steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen**
- **Volle Wertanpassung aller Familienleistungen**
- **Ostöffnung des Arbeitsmarktes verhindern**
- **Jährliche Rentenanpassung nach Rentenpreisindex (2013: 2,9%)**

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI | f/hcstrache

Euer Einkommen

muss zum Auskommen reichen

Parlamentsbeschlüsse von SPÖ und ÖVP führen dazu, dass den Österreicherinnen und Österreichern immer weniger Geld zum Leben bleibt. Gleichzeitig vergeben Rot-Schwarz und die Grünen mit lockerer Hand Milliardenbeträge an Banken und EU-Pleite-Staaten. Die FPÖ kämpft im Parlament dafür, dass die eigene Bevölkerung ein Einkommen hat, mit dem sie auch auskommen kann.

Beispiele für das rot-schwarze Sündenregister:

- Die ASVG-Pensionen werden laufend entwertet, die Polit-Luxus-Pensionen werden nicht angetastet.
- Der durchschnittliche Arbeiter verdient um 12 Prozent weniger, die Gruppe der am schlechtesten verdienenden Arbeiter sogar um 40 Prozent weniger als im Jahr 1998.
- Die Familienleistungen werden seit vielen Jahren nicht an die Inflation angepasst.
- Das Kindergeld wurde seit seiner Einführung 2002 nie erhöht.
- Der Zugang zum Pflegegeld wurde erschwert.
- Behinderte in Tageswerkstätten bekommen bis heute nur ein Taschengeld und haben keinen Pensionsanspruch.

FPÖ-Klubobmann
HC Strache:
„Am 29.9. hingegen und Einkommen zum Auskommen wählen!“

Dafür kämpfe ich mit der FPÖ im Parlament:

- ✓ Mindestlohn von 1.600 Euro brutto/Monat (bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmer)
- ✓ Mehr Netto vom Brutto für kleine und mittlere Einkommen durch Entlastungen bei der Lohnsteuer
- ✓ Volle Wertanpassung der Pensionen nach dem Pensionistenpreisindex
- ✓ Streichung der Polit-Luxus-Pensionen
- ✓ Volle Wertanpassung der Familienleistungen, steuerliche Entlastung für Familien
- ✓ Erhöhung des Kindergeldes
- ✓ Gerechter Zugang zum Pflegegeld und Rücknahme der Kürzungen
- ✓ Volle sozialrechtliche Absicherung von Behinderten in Tageswerkstätten

HC Strache
HC Strache

Aus LIEBE zu ÖSTERREICH
FPÖ

Quelle: FPÖ-Parlamentarier

Kultureller Klassenkampf

***„Van der Bellen hat
die Hautevolee und ich
die Menschen“***

FPÖ-Präsidentschaftskandidat
Norbert Hofer, 8. Mai 2016 [im ORF](#)



Pegida-Sound

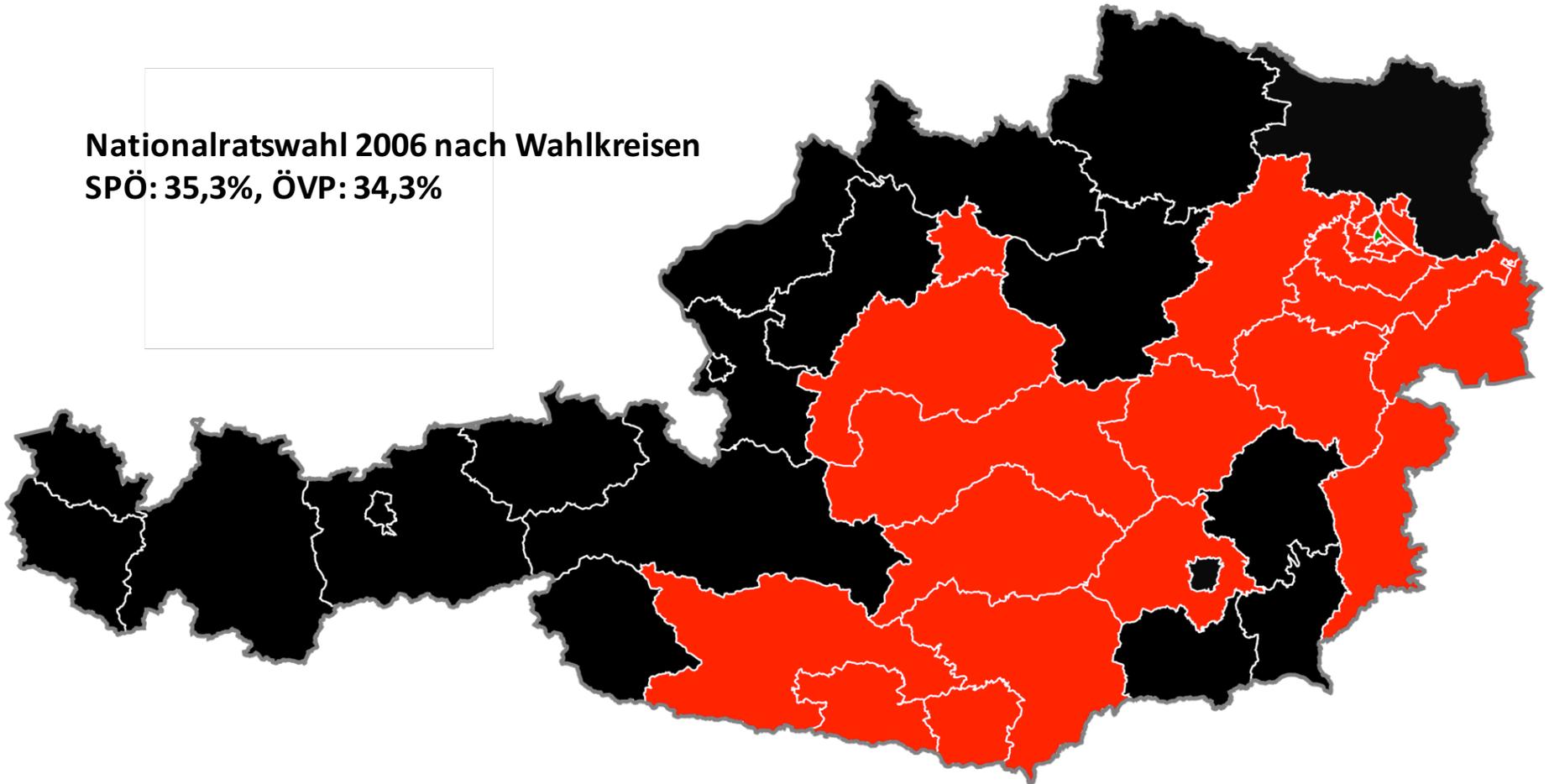




Neue politische Landkarte

Die alten Lager

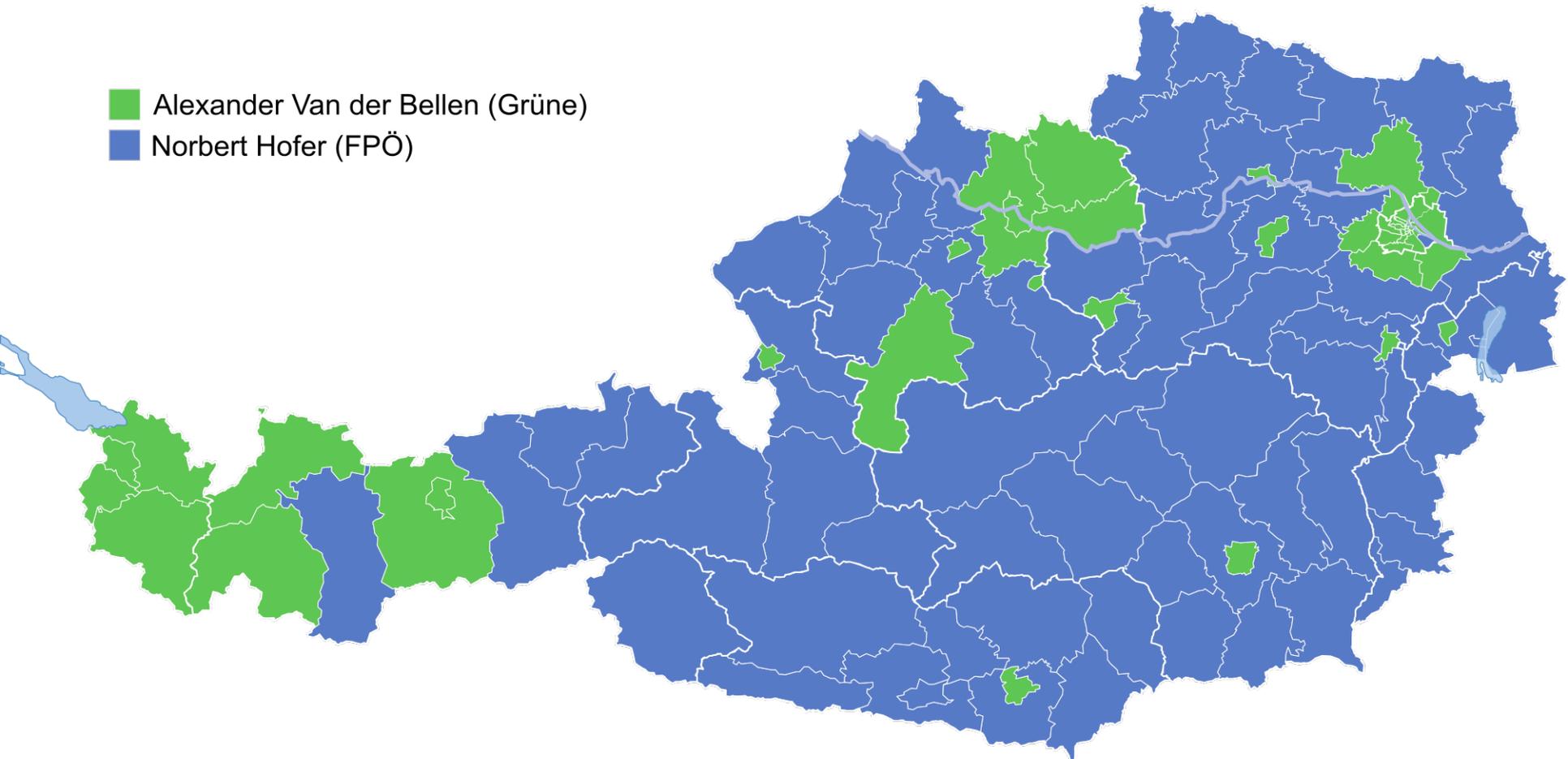
Nationalratswahl 2006 nach Wahlkreisen
SPÖ: 35,3%, ÖVP: 34,3%



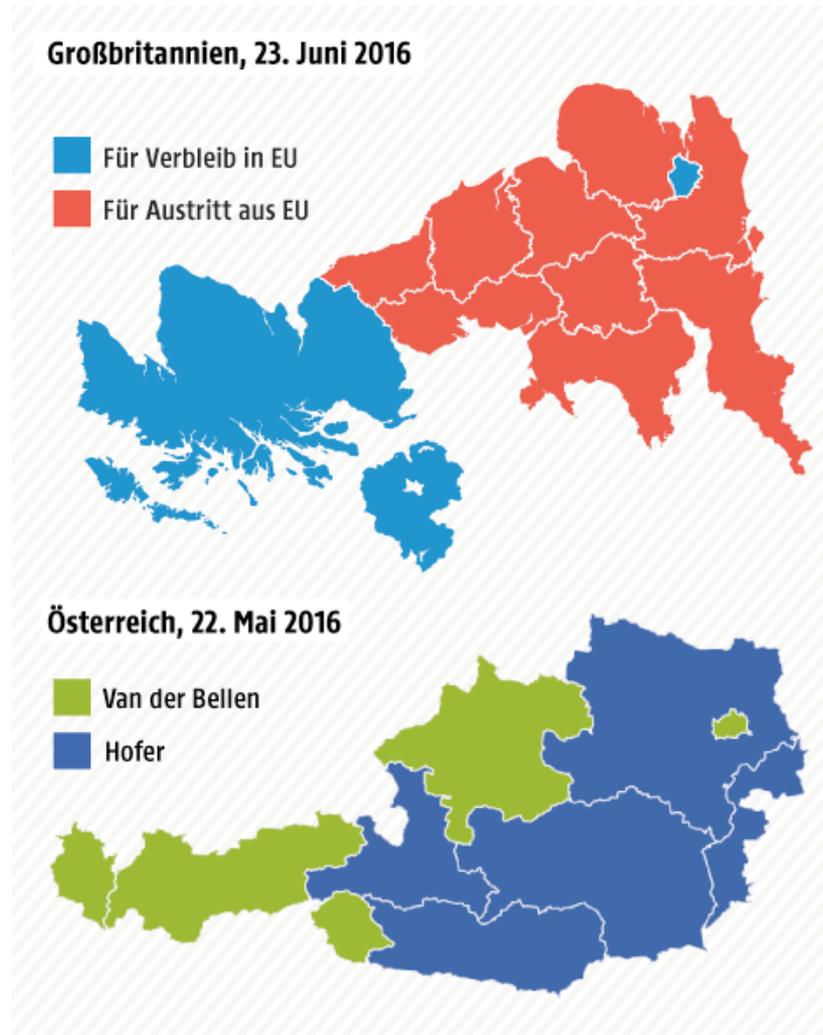
Die neuen Lager

Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl am 22. Mai 2016 (2. Runde): Mehrheiten in den Bezirken

-  Alexander Van der Bellen (Grüne)
-  Norbert Hofer (FPÖ)



Spannende Parallelen



Soziale Spaltung Bildung

Wie sich das Wahlverhalten nach Bildungsabschluss unterscheidet

Angaben in Prozent

Pflichtschule



Lehre



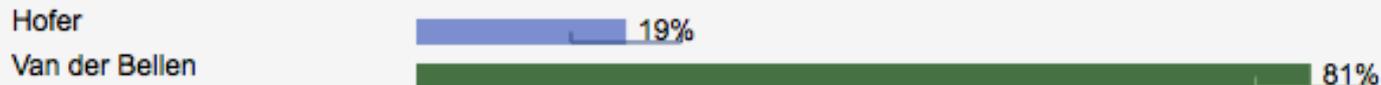
mittlere Schule



Matura



Universität



DATEN: ORF/SORA/ISA

Soziale Spaltung Berufe

Wahlverhalten nach Erwerbsstatus

Angaben in Prozent

Arbeiter



Angestellte



Öffentlich Bedienstete



Selbständige



in Pension



DATEN: ORF/SORA



Primat der Politik

Wirtschaft als Mittel zum Zweck

„Die patriotischen Grundsätze begründen für die FPÖ einen absoluten und eindeutigen Interessensvorrang des eigenen Volkes und des eigenen Staates. Die Wirtschaft hat für den Staat und das Volk die materiellen Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung und ein angemessenes Leben im Wohlstand zu besorgen.“

„Entgegen immer wieder erhobenen Behauptungen ist die Globalisierung kein unabwendbares Naturgesetz“

Freihandel konfliktär mit Humanität, Freiheit und Verteilungsgerechtigkeit.

Die Europäische Union (...) trägt ebenso wesentlich zu einer Beschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter Politik nationaler Parlamente bei.“

„Durch die Marktkonzentration bekommen immer größere Konzerne immer mehr Einfluss auf die Politik, was sich in Form des verbreiteten Lobbyismus und der unverblühten, demokratiewidrigen Einflussnahme auf die Gesetzgebung, besonders auf unionseuropäischer Ebene, beobachten lässt.“

Handbuch freiheitlicher Politik, 4. Auflage 2013

Nationale Front



Marine Le Pen

- **Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrie**
- **Protektionismus im Außenhandel**
- **Le Pen an Merkel: „Sparpolitik wird zu Explosion in EU führen“**
- **Zentralbankfinanzierung der Staatsverschulung statt Austerität**

Partei für Recht und Gerechtigkeit



Jarosław Kaczyński

- Politik korrigieren, die die polnische Wirtschaft für das globale Kapital geöffnet hat und stattdessen neue Spielregeln mit internationalen Banken und Konzernen aushandeln
- Einführung Bankensteuer
- Erhöhung des Renteneintrittsalters rückgängig machen

Ungarischer Bürgerbund



Victor Orbán

- **Nationalisierung der privaten Pensionskassen**
- **Sondersteuer auf ausländische Banken und Handelsketten**
- **Einschränkung der Zentralbankautonomie**
- **Zwangsumwandlung von Fremdwährungskrediten in Forint**
- **Orbán gilt „als Verfechter des Primats der Politik über die Wirtschaft und des Staats über die Märkte“ ([Léotard 2014](#))**

AfD Programm Mai 2016



- Extrem neoliberaler Entwurf vom März 2016 wurde eingedampft, Programm vom Parteitag im Mai 2016 ist viel moderater
- Steuer- und Abgabenbremse ins Grundgesetz
- *„Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme.“*
- Wiederherstellung von Bank- und Steuergeheimnis
- Abschaffung der Erbschaftssteuer, sie sei "mittelstandsfeindlich".
- Frauke Petry: Mindestlohn sei "*neosozialistisch*". Im Grundsatzprogramm begrüßt die AfD den Mindestlohn
- AfD spricht sich für Freihandel aber gegen TTIP aus

AfD Programm Mai 2016



- AfD stark von marktliberalem Momentum ihrer Gründungsphase geprägt
- Bei zentralen Fragen erhebliche Anpassungen – Mindestlohn oder TTIP
- Metamorphose zu klassischer rechtspopulistischer Partei noch nicht abgeschlossen
- Keine Massenpartei wie der FN oder FPÖ

Kernthesen Rechtspopulismus

- **Der Rechtspopulismus stellt die soziale Frage wieder ins Zentrum, allerdings chauvinistisch überformt**
- **Der Rechtspopulismus beerbt die Parteien der Arbeiterbewegung als Bewegung des kleinen Mannes**
- **Die Rechtspopulisten suggerieren eine Spaltung zwischen einer herrschenden (linksliberalen) Elite und dem Volk**
- **Die Rechtspopulisten benennen die demokratischen Schwachpunkte internationaler Handelsverträge und der EU**
- **Die Rechtspopulisten betonen als einzige das Primat der Politik über die Wirtschaft**
- **Die Rechtspopulisten suggerieren als einzige Bewegung die Welt sei politisch gestaltbar und Demokratie habe reale Kraft**



Globalisierung

Woher kommt das Bedürfnis nach nationaler Souveränität und Geborgenheit?

Sozialstandards im Wettbewerb



Wolfgang Steiger, General-
sekretär des CDU-Wirtschaftsrates

„Wir können uns weder Stillstand noch Bequemlichkeit angesichts der internationalen Konkurrenz leisten. Wie lange kann und will es sich dieses Land noch leisten (...) gut 120 Milliarden in den Haushalt der Ministerin für Arbeit und Soziales zu pumpen?“

[Die Welt](#), 23.06. 2014



Hans Werner Sinn, ehem.
Präsident des Ifo-Instituts

„Aber angesichts der Tatsache, dass die Löhne aufgrund der Lohnkonkurrenz des Sozialstaates starr sind, ist ein Anstieg der Massenarbeitslosigkeit die wahrscheinlichste Folge der Globalisierung.“

[Die Welt](#), 16.11.2011

Löhne im Wettbewerb



Christoph Schröder, Institut der deutschen Wirtschaft

„Die Unternehmen müssen aufpassen, dass sie nicht an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie liegen ein Siebtel höher als noch 2007“

[Die Welt](#), 06.10.2015



Walter Koren, Außenwirtschaftschef der Wirtschaftskammer Österreich

„Die hohen Lohnkosten müssten sinken, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken“

[Wirtschaftsblatt](#), 18.08.2015

Ökologie im Wettbewerb



Wolfgang Eder, Präsident
Weltstahlverband

Eder, äußerte Zweifel, ob es in 20 Jahren noch aktive Hochöfen in Europa geben wird. Vor allem die Energiekosten samt des geplanten verschärften Handels mit CO₂-Emissionszertifikaten gefährde die Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

[Quelle, Kleine Zeitung](#), 26.02. 2015



Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der
Wirtschaftsvereinigung Stahl

"Falsche Energie- und klimapolitische Rahmensetzungen dürfen die Perspektiven der Stahlindustrie in Deutschland nicht gefährden"

[Quelle, Kleine Zeitung](#), 26.02. 2015

Steuern im Wettbewerb



Ulrich Grillo, Präsident BDI

„Die Bundesregierung muss sich jetzt bei der Neuordnung der Besteuerungsrechte dafür einsetzen, unsere **Unternehmen** im globalen Wettbewerb zu stärken und damit auch inländische Arbeitsplätze zu sichern“, [VCI](#), 13.12.2015



Wiener-Börse-Vorstand
Michael Buhl

„Würde Österreich in Richtung **Vermögenssteuern** hineinstoßen, nehmen das international die Investoren wahr und sie machen sich ihren Reim darauf, welches Klima auf dem Kapitalmarkt hier herrscht. Dann fließen Investitionen halt woanders hin.“

[Kurier](#), 02.08.2014

Die Pläne für eine Novelle der **Erbschaftssteuer** drohten zum „Investitionskiller“ zu werden. Das gehe voll zulasten der Wettbewerbsfähigkeit der Familienbetriebe

[ZVW](#), 19.01.2016



Christian Lindner, FDP

Die **FTT** schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa gegenüber Konkurrenten aus Ländern, deren Risikoabsicherung nicht steuerlich belastet wird

[BDI](#), [DIHK](#), [Bankenverband](#) etc., 08.12.2015



Globalisiertes „Schicksal“

„Freiheit“	Bedeutung für Demokratie	Folgen
Freihandel	Kontrollverlust über tarifliche, soziale und ökologische Produktionsstandards der Importen	<ul style="list-style-type: none"> • Lohndumping • Sozialdumping • Ökologisches Dumping • Arbeitslosigkeit
Investitionsfreiheit	Kontrollverlust über die Wertschöpfung und deren Besteuerung	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosigkeit • Steuerausfall • Steuerwettbewerb
Personenfreizügigkeit	Kontrollverlust über die Größe der industriellen Reservearmee	<ul style="list-style-type: none"> • Lohndumping • Arbeitslosigkeit
Kapitalfreizügigkeit	Kontrollverlust über Besteuerung der Erträge heimischer Wirtschaftssubjekte	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerflucht • Steuerhinterziehung

Widersprüche erzeugen Fragen

- **Wie kann es sein, dass wir durch den internationalen Freihandel angeblich reicher werden, aber gleichzeitig wegen des internationalen Wettbewerbs den Gürtel immer enger schnallen müssen?**
- **Wie kann ein Land regelmäßig mehr Waren und Dienstleistungen ausführen als es einführt, wozu es ja es mehr produzieren als konsumieren muss, aber trotz dieses Unterverbrauchs angeblich über seine Verhältnisse leben?**
- **Wie kann es sein, dass ein freier Kapitalmarkt das Geld angeblich genau dort hinleitet wo es am effizientesten eingesetzt ist, wir in Europa aber seit 20 Jahren stagnierende bis sinkende private Investitionen aufweisen?**
- **Wieso müssen Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und letztlich Lebensqualität deutlich schlechter sein als in den 1970er-Jahren, obwohl wir als Volkswirtschaft mehr als doppelt so reich sind wie damals?**

Welche Voraussetzungen müssten gegeben sein, um als Demokratie überhaupt wieder politisch souverän zu sein und Gesellschaft gestalten zu können?

Linker Protektionismus

- Die EU als wichtigsten politischen Handlungsraum anerkennen und als prioritären Ort für soziale und demokratische Regulierung definieren
- Auf Entwicklung eines möglichst homogenen und geschlossenen EU-Binnenmarkt konzentrieren
- EU-Industriepolitik für Industrialisierung der Peripherie
- Freihandel mit EU-Ausland eher einschränken als befördern – Energieautarkie anstreben
- Steuerflucht aus der EU radikal bekämpfen
- Unternehmenssteuersätze und Bemessungsgrundlagen in der EU innerhalb eines Korridors harmonisieren (an BIP koppeln)
- Finanzmärkte in der EU regulieren (Gebotsliste von Produkten) und Finanztransaktionssteuer einführen
- Standortwettbewerb beenden - produktivitätsorientierte Lohnentwicklung als gemeinsames Ziel der europäischen Gewerkschaftsbewegung definieren
- Ökologische Standards an BIP koppeln

**Welche wirklich relevanten Fragen
könnten dann adressiert werden?**

Politische Gestaltung der Zukunft

- **Ökologisierung von Produktion und Steuersystem zur nachhaltigen Nutzung des Wohlstands auf Generationen**
- **Volldigitalisierte Produktionsmittel von Gütern und Dienstleistungen gesellschaftlich in die Pflicht nehmen – Kapitalkonzentration vermeiden, Mitbestimmung von Stakeholdern garantieren**
- **Verteilung der Wertschöpfung einer volldigitalisierten Produktion organisieren – Rolle der Lohnarbeit neu definieren**
- **Umstellung der Finanzierung des Sozialstaats auf die Wertschöpfung**
- **Arbeitszeitverkürzung und Fokus auf Lebensqualität**
- **Postmateriellen Bedürfnissen Raum geben**

Danke für die Aufmerksamkeit